

## Schweiz

## Ständeratswahlen

## Die Kammer, die anders tickt

Auch nach den Sitzgewinnen der FDP ist die Machtbalance im Ständerat stabil. Die SVP schafft es in der Personenwahl nicht, die Wähler von ihren Kandidaten zu überzeugen.

Anja Burri  
Bern

Nach den drei Sitzgewinnen bei den Nationalratswahlen im Oktober rief FDP-Präsident Philipp Müller gestern erneut einen «Freudentag» für seine Partei aus. Er selber setzte sich im zweiten Wahlgang für den Ständeratssitz im Kanton Aargau durch. Mit 63174 Stimmen distanzierte er SVP-Mann Hansjörg Knecht um fast 10 000 Stimmen. CVP-Kandidatin Ruth Humbel war trotz Unterstützung von Links chancenlos.

Müllers deutlicher Sieg ist bemerkenswert: Im ersten Wahlgang hatte er noch rund 6000 Stimmen weniger gemacht als Knecht. Im zweiten Wahlgang erzielte der FDP-Präsident vor allem in den Aargauer Städten und Agglomerationen mehr Stimmen als der Konkurrent der SVP. Knecht erlitt damit das selbe Schicksal wie schon viele, auch prominentere SVP-Ständeratskandidaten: Trotz klarer Dominanz bei den Nationalratswahlen schafft es die SVP bei den personenbezogenen Majorzwahlen nicht, die Wähler von ihren Leuten zu überzeugen. Dabei unterlagen die SVP-Kandidaten in den zweiten Wahlgängen nicht nur Freisinniger Konkurrenz. In St. Gallen und Solothurn verloren sie auch gegen Sozialdemokraten.

Der Sieg von FDP-Mann Ruedi Noser machte gestern den Freudentag der Freisinnigen perfekt. Er verteidigte den FDP-Ständeratssitz in Zürich. Noser distanzierte seine Konkurrenten Bastien Girod (Grüne) und Hans-Ueli Vogt (SVP) deutlich. Die FDP gewinnt somit bei den nationalen Wahlen 2015 auch im Ständerat zwei Sitze dazu. Dies dank Sitzgewinnen in den Kantonen Waadt, Uri und Nidwalden. Im Kanton Obwalden verlor die FDP ihren Sitz an die CVP.

### FDP holt CVP ein

Mit 13 Vertretern sind die Freisinnigen nun zusammen mit der CVP, die gleich viele Sitze hält, die stärkste Kraft in der kleinen Kammer. Die SP kommt neu auf 12 Sitze. Anders als im Nationalrat, wo sie drei Sitze abgeben musste, gewann die Linkspartei im Ständerat mit dem Zürcher Daniel Jositsch ein Mandat dazu. Die Grünen verloren einen ihrer beiden Sitze und stellen nun noch einen Ständesvertreter aus Genf. Ihr Waadt-



FDP-Parteipräsident Philipp Müller schaffte es im zweiten Wahlgang in den Ständerat. Foto: Alexandra Wey (Keystone)

länder Vertreter Luc Recordon ist der einzige bisherige Ständerat, der die Wiederwahl nicht schaffte.

Die SVP besetzt nach wie vor fünf Ständeratssitze, zusammen mit dem parteilosen Schaffhauser Ständerat Tho-

mas Minder kommt die SVP-Fraktion auf sechs Mandate. Während die Mittepartei BDP mit dem Berner Werner Luginbühl nach wie vor im Stöckli präsent ist, sind die Grünliberalen nun draussen. Sie stellten bisher zwei Ständeräte. GLP-

Präsident Martin Bäumle scheiterte in Zürich klar; im Kanton Uri trat die Partei erst gar nicht zur Sitzverteidigung an.

Zusammengefasst lässt sich also festhalten: Auch im Ständerat gibt es eine Verschiebung nach Rechts - wenn auch

eine sehr geringe. Die Fraktionen der FDP und SVP kommen neu zusammen auf 19 Mandate (bisher 17). Die Mitte aus CVP, BDP und GLP wird um 2 Sitze geschwächt und kommt neu auf 14 Sitze. SP und Grüne halten weiterhin 13 Sitze.

Aus der Sicht von Beobachtern und Politologen bleiben die politischen Verhältnisse im Ständerat stabil. Die CVP behält ihre Rolle als Mehrheitenbeschafferin. Spannt sie mit FDP und SVP zusammen, ergibt sich eine Mitte-rechts-Mehrheit. Umgekehrt können CVP, SP und Grüne mit einem Schulterschluss die Ratsrechte überstimmen. Das gebe diesen drei Parteien künftig die Möglichkeit, unliebsame, aus ihrer Sicht allzu neoliberale Entscheide des Nationalrats zu korrigieren, sagt der Lausanner Politologe Georg Lutz. Das Risiko, dass politische Geschäfte wegen Uneinigkeiten zwischen den beiden Kammern blockiert werden, steige. Im Nationalrat besetzen SVP und FDP zusammen mit den rechten Kleinparteien neu 101 von 200 Sitzen.

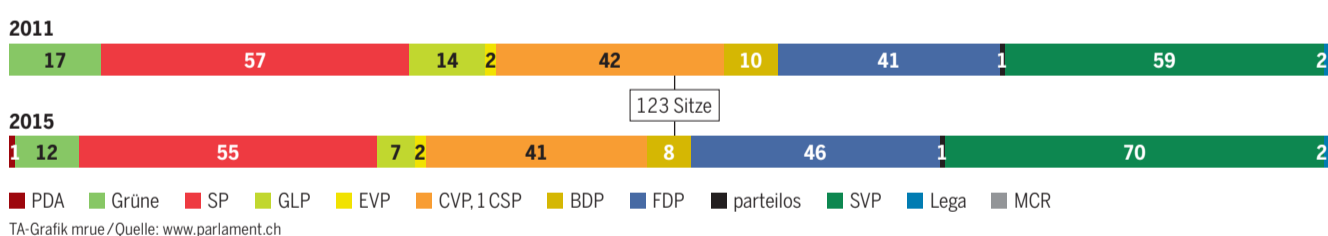
### Interessen des Standes

FDP-Präsident Müller bezeichnet die neuen Kräfteverhältnisse im Ständerat als «Riesenerfolg für die FDP». Gleichzeitig erinnerte der bisherige Nationalrat Müller selber daran, dass die kleine Kammer politisch anders tickt als die grosse Kammer. «Im Ständerat geht es um die Interessen des Standes, also des Kantons», sagt der neu gewählte Ständerat. Die Rollenverteilung sei deshalb klar: Als Ständerat vertrete er primär seinen Kanton. Dass dies möglich sei, zeige das Beispiel von SP-Präsident Christian Levrat. Dieser sitzt seit 2012 im Ständerat. Im Wahlkampf war Müller immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert worden, als Parteipräsident der FDP würde er im Ständerat wohl eher die Interessen seiner Partei vertreten statt jener des Kantons Aargau.

Mit den zweiten Wahlgängen in Zürich und Aargau von gestern wird die Serie der zweiten Wahlgänge beendet. Am 18. Oktober schafften nur 27 Kandidierende die direkte Wahl in den Ständerat. In zwölf Kantonen brauchte es für insgesamt 19 Mandate einen zweiten Wahlgang. Diese Ausmachungen verliefen ähnlich wie schon die ersten Wahlgänge: Grosse Überraschungen blieben aus.

### Wie sich die politischen Verhältnisse in der Bundesversammlung verändert haben

Verteilung der 246 National- und Ständeratssitze auf die Parteien (absolutes Mehr bei 124 Sitzen)



## «Die CVP bleibt in der Schlüsselposition»

Anders als die SP und die FDP gewinnt die Mittepartei im Stöckli keine Sitze - trotzdem sieht sie der Politologe Claude Longchamp als Gewinnerin der Ständeratswahlen.

Mit Claude Longchamp sprach  
Barnaby Skinner

Nach den Nationalratswahlen schrien alle: «Rechtsrutsch!» Gilt das nach den Ständeratswahlen noch immer?

Natürlich nicht. Doch bei der Wahl der grossen Kammer war die Beurteilung nicht falsch: Die SVP hat auf 200 Sitze elf neue Sitze gewonnen. Das ist viel. Und vor allem hat es innerhalb der Parteien eine Bewegung nach rechts gegeben. Bürgerliche Politiker sind bei der CVP gestärkt worden. Trotzdem: Das politische System der Schweiz ist ein Gesamtkunstwerk. Am Wahlabend geht oft vergessen, dass wir ein perfektes Zweikammersystem haben. Und dass wir in einer direkten Demokratie leben. Einseitige Entscheide werden schnell korrigiert. Als 2003 Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz Bundesräte wurden,

verloren Parlament und Bundesrat die ersten acht Volksabstimmungen.

### Ist die Wahl also eine Korrektur?

Die Ständeratswahl sorgt für stabile Verhältnisse. Aber ich erkenne keinen Trend. Das Stöckli darf man nicht nur parteipolitisch beurteilen. Die regionalen Aspekte spielen eine grosse Rolle. Der gemässigte Ständerat funktioniert als Kontrapunkt zum Powerplay des Nationalrats. In den nächsten vier Jahren wohl mehr als je zuvor.

### Warum dann haben SP und FDP Ständeratssitze zugelegt und die Mittepartei CVP nicht?

Sie ist mit ihren 13 Sitzen im Ständerat gut bedient. Und sie hatte eine defensive Strategie: Sitze halten. Interessant ist die Rolle der SVP. Bei den Ständeratswahlen spielt es eine grosse Rolle, Wähler anderer Lager ansprechen zu können. Doch die SVP bleibt isoliert und auf fünf Ständeräten sitzen. Ganz im Gegensatz zur SP oder FDP, die viele Kandidaten mit überparteilicher Akzeptanz haben.

### CVP und FDP haben im Stöckli nun gleich viele Sitze. Wird das die CVP verändern?

Rein rechnerisch hatten CVP und FDP bisher mit 24 Stimmen eine knappe Mehrheit im Ständerat. Jetzt haben sie 26 Stimmen. Aber die CVP hat heute auch mit der SP eine Mehrheit. Das heisst, die CVP kann in den Kommissionen Mehrheiten mit der FDP oder, wenn ihr danach ist, mit der SP bilden. Die CVP bleibt in der Schlüsselposition. Unklar ist, wie sich der Verlust von Urs Schwaller für die CVP auswirken wird. Und ob Filippo Lombardi als Person die ähnlich starke Ausstrahlung haben wird, um auf beide Seiten, nach rechts und links, verhandeln zu können.

### Auch ohne Sitzgewinn ist die CVP für Sie die Gewinnerin der Ständeratswahlen?

Ohne sie geht nichts.

### Werden mit den Sitzverlusten der Grünen und Grünliberalen Energie- und Umwelthemen im Ständerat nun zurückgestutzt?

Da wird sich nicht so viel ändern. Ein Ständeratsmandat ist zeitlich anspruchsvoll. Jeder Ständerat sitzt in bis zu fünf Kommissionen. Nationalräte nur in einer oder zwei. Das Gewicht einer Partei, die zehn Ständeratssitze hat, ist so zu einer, die fünf Sitze hat, nicht nur doppelt

so gross, sondern ein Mehrfaches. Die SVP muss sich auf die Kommissionen konzentrieren, die für sie zentral sind. Die drei grossen Fraktionen SP, FDP und CVP aber können die Kommissionen dominieren. Ob einer oder zwei Grüne dabei sind, spielt weniger eine Rolle.

### Wie ordnen Sie die Sitzverluste der Grünliberalen im Ständerat ein?

Verena Diener von der GLP dominierte die ökologische Debatte im Ständerat. Diese Stimme fehlt. Doch über beide Kammern gesehen, ist die GLP nicht wirklich geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen, obwohl sie fast die Hälfte ihrer Sitze verloren hat. SVP und FDP kommen allein mit den Grünliberalen auf eine Mehrheit. So sind diese im Nationalrat das, was die CVP im Ständerat ist: das Zünglein an der Waage.



Claude Longchamp  
Der 58-jährige Politikwissenschaftler und Historiker leitet das Umfrageinstitut GFS in Bern. Seit 1992 ist Longchamp Herausgeber der Vox-Analysen.

## Blocher ist bereit für Abstimmung

SVP-Vizepräsident Christoph Blocher ist bereit für eine neue Volksabstimmung zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Im Interview mit der «SonntagsZeitung» nennt er eine Alternative zu Kontingenten: «Es gibt auch Modelle, die eingewanderte Arbeitskräfte mit höheren Sozialabgaben belasten.» In Kanada würde dieses Modell bereits angewandt. Über dieses könne man reden - sofern es zu einer spürbaren Reduktion der Zuwanderung führe. Es sollten ausschliesslich jene Arbeitskräfte in die Schweiz kommen, die man hier nicht finde. Daraus ergäbe sich je nach Konjunktur und Bedürfnis eine andere Zuwachszahl pro Jahr. So wollte sich Blocher nicht auf eine Zahl festlegen: «Mit der Zuwanderung, wie sie bei der alten Lösung war, kann man leben. Es mag Jahre geben mit 40 000 und mehr, in anderen weniger, in anderen wird sie negativ sein. Das ist die Erfahrung. Aber nicht jedes Jahr 80 000.» Wollte man dieses Modell einführen, brauche es aber eine neue Verfassungsbestimmung und die könnten nur Volk und Stände entsprechend korrigieren. Wie Blocher sagt, stehe die SVP in «intensiven Gesprächen mit den Wirtschaftsverbänden. (TA)